

Stromnetz ist fast fit für Energiewende

Studie im Auftrag des Landes: Ausbau der Leitungen kostet etwa zwölf Euro pro Einwohner

Trotz der Energiewende muss das Stromverteilnetz in Hessen nicht mehr wesentlich erweitert werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Landes.

von Bernadette Winter

Wiesbaden. „Wir müssen nicht unbedingt neue Strommasten bauen“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) gestern in Wiesbaden. Sollte ein Ausbau notwendig sein, könnten auch unterirdisch Kabel verlegt werden. Allerdings müssten die bestehenden Netze modernisiert werden. Das Stromverteilnetz liefert den Strom bis zur Wohnungs- oder Bürotür.

„Ein Teil der Netze ist bereits ausreichend dimensioniert“, sagte Martin Braun, einer der Autoren der Studie vom Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) in Kassel. Die finanziellen Belastungen seien „moderat und beherrschbar“, erklärte Al-Wazir. Werde der Strombedarf im Jahr 2034 zu 56 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt, lägen die Kosten für die damit verbundene Netzerweiterung rechnerisch bei insgesamt 1,5 Milliarden Euro – oder zwölf Euro pro Einwohner im Jahr.

FDP: Windstrom muss im Ausland entsorgt werden

„Die Studie nimmt uns die Angst, dass die Verteilnetze wegen der Energiewende großzügig ausgebaut werden müssten und horrenden Kosten entstehen könnten“, zeigte sich



Das hessische Stromleitungsnetz ist laut einer Studie schon relativ gut ausgebaut.

Foto: Daniel Reinhardt

Martin Grobba, Referent des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, erleichtert. Die genannten 1,5 Milliarden Euro seien ein vertretbarer Betrag.

Will Hessen sein Ziel erreichen, bis 2050 Strom komplett aus erneuerbaren Energie zu beziehen, müsste bis zum Jahr 2034 die Leistung von Windkraftanlagen von jetzt 2 000 auf 7 000 Megawatt gesteigert werden. Bei der Photovoltaik müsste sie von 2 000 auf 6 600 Megawatt mehr als verdreifacht werden. „Das heißt aber keineswegs, dass wir die Zahl der Windkraftanlagen von derzeit etwa 1 100 auch vervierfachen müssen“, erläutert Al-Wazir. Die Studie gehe da-

von aus, dass aufgrund besserer Leistung der Anlagen eine Verdoppelung ausreiche.

Der Anteil an erneuerbaren Energien am Stromverbrauch wird laut der Studie auf 28 Prozent im Jahr 2024 beziehungsweise 43 Prozent im Jahr 2034 steigen. So könnte sich Hessen besser selbst mit Strom versorgen als heute, bliebe aber trotzdem Strom-Importeur. Zwar werden Geräte immer effizienter und verbrauchen somit weniger Strom, es kommen aber auch neue Anforderungen hinzu, etwa durch die Elektromobilität oder durch elektrische Wärmepumpen. Allein die Elektromobilität treibt laut den Autoren

der Studie den Verbrauch um 1 088 Gigawattstunden im Jahr 2034 nach oben. Dabei gehen sie von einem Anteil an Elektromobilität von bis zu 19 Prozent aus. Ralf Schodlok, Vorsitzender der Landesgruppe Hessen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) sieht gerade auf diesem Gebiet noch weiteren Handlungsbedarf. Die Landesregierung müsse „umfassende Forschungsvorhaben“ zur Elektromobilität auf den Weg bringen, forderte Schodlok.

„In Hessen wurden laut aktuellem Monitoringbericht der Landesregierung nur 0,05 Prozent des Stromverteilnetzes ausgebaut“, sagte der energie-

politische Sprecher der FDP, René Rock. Schon heute werde ein erheblicher Teil des subventionierten Windstroms im Ausland entsorgt, weil die Windstromproduktion am Bedarf vorbeigehe und Stromleitungen fehlten.

Das hessische Wirtschaftsministerium hatte untersuchen lassen, in welchem Maße die Stromnetze wegen der Energiewende ausgebaut werden müssten. An der Studie war neben dem IEE die Management- und Technologieberatung BearingPoint mit Sitz in Frankfurt beteiligt. Zehn Verteilnetzbetreiber lieferten dazu ihr Datenmaterial.